

Genehmigt am 10. Mai 2001

Protokoll Nr. 17

Sitzung von Donnerstag, 29. März 2001, 20.35 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Christoph Stalder

Anwesend:

Michael Aebersold

Raymond Anliker

Thomas Balmer

Oskar Balsiger

Peter Bernasconi

Dieter Beyeler

Margrith Beyeler

Peter Blaser

Markus Blatter

Jsabelle Blunschy

Christine Bosshardt

Peter Bühler

Walter Christen

Marie-Louise Durrer

Rudolf Friedli

Verena Furrer-Lehmann

Hans Ulrich Gränicher

Susanna Grundbacher

Adrian Haas

Rolf Häberli

Ueli Haudenschild

Stephan Hügli

Natalie Imboden

Urs Jaberg

Daniele Jenni

Michael Jordi

German Kalbermatten

Esther Kälin Plézer

Daniel Kast

Blaise Kropf

Andreas Krummen

Peter Künzler

Annemarie Lehmann

Melanie Leskow

Liselotte Lüscher

Edith Madl Kubik

Anton Maillard

Irène Marti Anliker

Mario Marti

Corinne Mathieu

Barbara Mühlheim

Christoph Müller

Rosmarie Okle Zimmermann

Lydia Riesen

Heinz Rub

Ursula Rudin-Vonwil

Erich Ryter

Annemarie Sancar

Sabine Schärer

Beat Schori

Rolf Schuler

Miriam Schwarz

Rudolph Schweizer

Peter Sigerist

Sylvia Spring Hunziker

Barbara Streit-Stettler

Ueli Stückelberger

Margrit Stucki-Mäder

Hans-Ulrich Suter

Katharina Suter

Max Suter

Margrit Thomet

Eva von Ballmoos

Catherine Weber

Thomas Weil

Kurt W. Weyermann

Beat Zobrist

Andreas Zysset

Entschuldigt:

Annette Brunner

Marcel Eyer

Thomas Fuchs

Ruedi Hofer

Rudolf Keller

Peter Linder

Philippe Müller

Ruth Rauch

Doris Schneider

Michael Straub

Béatrice Stucki

Vertretung des Gemeinderats:

Ursula Begert

Edith Olibet

Alexander Tschäppät

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner

Therese Frösch

Adrian Guggisberg

Kurt Wasserfallen

3. Die übrigen Anträge PVK auf Seiten 6/7 werden stillschweigend genehmigt.

Rudolph Schweizer (SVP) zum Kasten auf Seiten 6/7: Hier sollten wir dem Gemeinderat folgen, ohne die Streichungen betreffend der Klammer „z.B. Lofts und Wohnateliers“. Hier könnten wir etwas erreichen, das in der Schweiz führend werden könnte. Man muss in der Stadt Bern eine Wohnzone schaffen, wo eben die „verrückten Hunde“ wohnen können, die das gern haben. Die Wohnateliers haben einen Sinn. Es gibt sie in Zürich in der alten Steinfels-Fabrik, in St. Gallen und in Genf vereinzelt. Wir haben hier die Chance, eine Wohnzone zu machen, nicht mit Normalwohnungen, weil so dort niemand wohnen will.

Beschluss

Die Klammerbemerkung „z.B. Lofts und Wohnateliers“ im Kasten 6/7 wird mit 67 Stimmen ohne Gegenstimme in der Botschaft belassen.

Blaise Kropf (JA!) zum Absatz „Ob mit den SBB... mit dem Bau der Tramlinie Bern-West leisten.“ auf Seite 8: Der Art. 8 der Bau- und Zonenvorschriften lautet: „Zwischen den Grundeigentümerinnen und -eigentümern (SBB und andere) und der Stadt Bern sind Infrastrukturverträge abzuschliessen.“ Konsequenterweise sollte es in diesem Abschnitt nicht „Ob mit den SBB ein Infrastrukturvertrag zustande kommt, ist noch offen“, sondern „Die Stadt Bern ist bestrebt, mit den SBB einen Infrastrukturvertrag abzuschliessen“ heissen.

Beschlüsse

1. Der Antrag Blaise Kropf wird dem Antrag der PVK mit 38 zu 27 Stimmen vorgezogen.
2. Die übrigen Anträge der PVK auf Seite 8 und die Anträge PVK auf Seite 10 werden stillschweigend genehmigt.
3. Die bereinigte Abstimmungsbotschaft wird vom Stadtrat mit 39 zu 27 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Der *Vorsitzende* stellt den Antrag, die Diskussion über die Traktanden 7, 8 und 9 gemeinsam zu führen, da die Motionen inhaltlich ähnlich sind. Die Motionärinnen und Motionäre stellen ihre Vorstösse einzeln vor und es wird am Schluss separat darüber abgestimmt.

Beschluss

Das Vorgehen wird von Rat stillschweigend genehmigt.

- Die Traktanden 7, 8 und 9 werden gemeinsam behandelt. –

7 Motion Fraktion SP (Edith Madl Kubik): Ökostadt Bern: Naturnaher Modellpark Kleine Allmend

Antrag Nr. 301

Am 6.12.79 reichte Rudolf Käsermann eine Motion „Gestaltung, Nutzung und Betreuung der Kleinen Allmend“ ein, welche am 29.1.81 vom Stadtrat erheblich erklärt wurde. Seither erscheint diese Motion in allen Verwaltungsberichten unter dem Titel „Verzeichnis der erheblich

erklärten Motionen und Postulate, denen noch nicht Folge gegeben oder über die noch nicht Bericht erstattet wurde“ (Kapitel Planungs- und Baudirektion PBD, z.B. Anhang zum Verwaltungsbericht 1998(!), Seite A 15). Zwei Mal hat der Stadtrat eine Fristverlängerung bewilligt: bis Ende 1985 (um ca. 2,5 Jahre) und bis Ende 1993 (um ein Jahr).

Die Motion Käsermann forderte den Gemeinderat in erster Linie auf, die für die Anwohner und Anwohnerinnen lästigen Immissionen durch lärmige Grossveranstaltungen - insbesondere sonntags - durch eine neue Nutzungsordnung auf der Kleinen Allmend zu verringern. Als Lärmquelle erwähnte er den Parkerverkehr vor und nach den Veranstaltungen, aber auch die Anlässe der Hornusser und Kynologen. Weiter wies er auf die schädlichen Wirkungen der im Winter deponierten Schneeräummassen auf die Grasnarbe hin.

Stadtpräsident Klaus Baumgartner erklärte am 18. März 1993, als 29 Vorstösse, darunter zum zweiten Mal die Motion Käsermann zur Fristverlängerung bis Ende 1994 beantragt wurden, der Stadtrat solle im jetzigen Zeitpunkt nicht auf die Erfüllung der Vorstösse beharren. Alle Vorstösse hätten Ausgabenkonsequenzen. Demnächst werde eine Klausurtagung des Gemeinderats betreffend Fragen zum Finanzwesen eine ausbalancierte Prioritätensetzung festlegen. Dies biete dann Gelegenheit, die Vorstösse gemäss Prioritätenordnung zu diskutieren und Vorschläge zu deren Erfüllung oder Nichterfüllung zu machen. Der Stadtrat stimmte darauf einer Fristverlängerung um ein Jahr zu.

Bis heute - über 5 Jahre nach Ablauf der Frist! - ist kein solcher Vorschlag betreffend Erfüllung oder Nichterfüllung der Motion Käsermann gemacht worden. In den letzten Jahren wurde in den Verwaltungsberichten jeweils ein Abschreibungsantrag angekündigt, aber nie vorgelegt. Im Sachplan Parkierung auf den Allmenden vom 19. August 1998 wird die Motion nicht einmal mehr erwähnt. Die Motion Käsermann ist in Sachen Missachtung eines parlamentarischen Auftrages rekordverdächtig.

Seit der Einreichung der Motion Käsermann 1979 hat sich die Situation um und auf den Allmenden und haben sich Bewusstsein und Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch vieler Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt verändert. Die Anliegen der Motion Käsermann erscheinen heute denn auch der Situation nicht mehr ganz angemessen zu sein. Ein neuer Vorstoss drängt sich auf. Bei der Behandlung des Sachplans Parkierung auf den Allmenden am 4. Februar 1999 stimmte der Stadtrat dem Antrag der PVK für das Feld 6 *Kleine Allmend* zu, dass die Parkplatzfläche auf diesem Feld aufzuheben ist. Als Übergangslösung dürfen bis Ende 2004 1500 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende während maximal 40 Tagen im Jahr benutzt werden.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, dem Stadtrat eine Kreditvorlage mit Gestaltungs- und Nutzungskonzept für die ökologische Umgestaltung und Aufwertung der gesamten Kleinen Allmend nach Ablauf der Übergangsfrist Ende 2004 mit folgenden Zielen vorzulegen:

- Schaffung eines naturnahen Modellparks auf dem Gebiet der Kleinen Allmend für die Bewohnerinnen und Bewohner des Nordquartiers und für die übrigen Benutzerinnen und Benutzer der Allmenden als Naherholungsgebiet.
- Errichtung und Betrieb eines Informationspavillons für naturnahe Umgebungsgestaltung und ökologischen Gartenbau, wo sich Besucherinnen und Besucher aus Stadt und Region über die Bedeutung naturnaher Gartengestaltung für die Erhaltung und Förderung der Vielfalt an einheimischen Pflanzen und Tieren und ihrer Lebensräume sowie über den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Boden und Wasser informieren und sich über Möglichkeiten, Natur vor der eigenen Haustür im eigenen Garten zu fördern, erkundigen können. Der Infopavillon darf nur zonenkonforme Ausmasse annehmen.
- Einrichten eines Natur- und Gartenlehrpfades zur Illustration der Grundbedingungen, die bei der naturnahen Umgebungs- und Gartengestaltung und bei der Schaffung von Kleinbiotopen berücksichtigt werden müssen, damit die Natur und die sie bewohnenden Menschen Nutzen davon haben.

Das Gestaltungs- und Nutzungskonzept soll dabei obigen Punkten und dem Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner Rechnung tragen. Der „Naturpark Kleine Allmend“ soll selber keinen Mehrverkehr erzeugen. Eine Konzeptvariante kann die bisherige Nutzung als Allmend und Volkssportplatz berücksichtigen. Anwohnerinnen und Anwohner sowie eine Vertretung des Nordquartiers sollen in die Ausarbeitung des Konzeptes und die Realisierung der Massnahmen einbezogen werden. Dies bedeutet, dass die Kleine Allmend gemäss geltendem Nutzungszonenplan und gemäss Stadtratsbeschluss zum Sachplan Parkierung auf den Allmenden ab 2004 wieder vollumfänglich als Grünfläche genutzt werden soll. Die bisher vom Gemeinderat geltend gemachte Besitzstandsgarantie in Bezug auf die Parkierung von Motorfahrzeugen fällt damit per Ende 2004 definitiv weg, die Aufhebung der militärischen Nutzung der Kleinen Allmend ist so rasch wie möglich anzustreben.

Bern, 3. Juni 1999

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat zusammen mit der Antwort auf die vorliegende Motion in einem gesonderten Vortrag den Antrag auf Abschreibung der Motion Rudolf Käsermann vom 6.12.79 betreffend Gestaltung, Nutzung und Betreuung der Kleinen Allmend. Hinsichtlich der einleitenden Feststellungen im Motionstext wird auf die Ausführungen in diesem Vortrag (Nr. 302 / 1999) verwiesen. Der Handlungsspielraum auf der Kleinen Allmend wird durch die bestehenden Nutzungen sehr eingeschränkt. Bei der Erarbeitung des Landschaftsentwicklungskonzepts Bern Nord-Ost hat die Stadtgärtnerei im August 1999 die Nutzungsansprüche überprüft und gestützt auf die Ergebnisse der umfangreichen Abklärungen ein Gestaltungskonzept definiert, nach dem die heutigen Nutzungen grundsätzlich beibehalten werden sollen. Das heisst: Die Kleine Allmend dient weiterhin als Sport- und Freizeitgelände (u.a. für Hornusser, Schäferhunde-Club), als Übungsplatz für das Militär, zeitlich stark begrenzt als Parkplatz sowie als Familiengartenareal. Vorgesehen ist neu der Bau eines neuen Fussballfelds. Was die militärische Nutzung betrifft, so gilt nach wie vor der Waffenplatzvertrag vom März 1873 mit dem Nachtrag vom Mai 1999 zwischen dem Kanton und der Stadt Bern, nach dem die Kleine Allmend zwar polyvalent genutzt werden kann, die Nutzung für militärische Bedürfnisse auf der ganzen Fläche aber den Vorrang hat. Diese Regelung bleibt bis zum 31. Dezember 2028 in Kraft. Wird der Nachtrag nicht mindestens fünf Jahre vor Ablauf gekündigt, verlängert sich seine Geltungsdauer jeweils um weitere zehn Jahre.

Zur Parkierung auf den Allmenden ist festzuhalten, dass der Regierungsstatthalter von Bern mit Entscheid vom 12. August 1999 alle Beschwerden betreffend die vom Stadtrat auf Antrag der PVK am 4. Februar 1999 beschlossenen, mit dem ESP-Richtplan nicht kongruenten Änderungen am Sachplanentwurf des Gemeinderats gutgeheissen hat. Dieser Beschwerdeentscheid ist inzwischen rechtskräftig geworden. Das heisst, für den südöstlichen Teil der Kleinen Allmend gilt im Prinzip der vom Gemeinderat gestützt auf den ESP-Richtplan festgelegte Planinhalt (1500 Parkplätze für Veranstaltungsbesuchende während max. 50 Tagen im Jahr, wenn die oberirdischen Parkplätze auf dem neuen Zirkusplatz und / oder auf der Vorderen Allmend nicht zur Verfügung stehen und / oder Grossveranstaltungen stattfinden. Während der BEA-Messe dienen 300 der 1500 Parkplätze als Abstellfläche für landwirtschaftliche Fahrzeuge.) Der nordöstliche Teil der Kleinen Allmend steht als Parkplatzfläche nicht mehr zur Verfügung. Diese Beschränkung gilt vom Zeitpunkt an, in dem für die Grossanlässe periphere Parkplatz-Ergänzungsstandorte an Autobahnausfahrten gesichert und realisiert sind.

Im Anschluss an den erwähnten Beschwerdeentscheid des Regierungsstatthalters reichte die Fraktion GFL/EVP (Ueli Stüchelberger, GFL) im Stadtrat bekanntlich eine Motion ein, welche die Überführung der vom Stadtrat am 4. Februar 1999 beschlossenen Inhalte des Sachplans

Parkierung auf den Allmenden in die baurechtliche Grundordnung durch eine entsprechende Änderung des Nutzungszonenplans oder eine Überbauungsordnung verlangt. Diese Forderung widerspricht indessen den seitens verschiedener Richtplan-Partnerinnen und -Partner (Ittigen, Ostermundigen, BEA bern expo) bereits im Beschwerdeverfahren geltend gemachten (und in erster Instanz geschützten) Ansprüchen bezüglich Gültigkeit der ESP-Richtplaninhalte. Zurzeit wird versucht, in Gesprächen zwischen Vertretungen der Richtplan-Partnerinnen und -Partner sowie der Stadtratsfraktionen eine für alle Beteiligten konsensfähige Grundlage für die Klärung der Zielkonflikte zu erarbeiten. Es liegt auf der Hand, dass schon unter diesen Voraussetzungen ein verbindlicher Auftrag im Sinne der vorliegenden Motion im jetzigen Zeitpunkt problematisch wäre. Hinzu kommt aber, dass den Hauptanliegen des Vorstosses in der Stadt mindestens teilweise bereits anderweitig Rechnung getragen wird: Anschauungsunterricht zum Thema „Naturgarten“ bieten insbesondere der *Bethlehem-park* und das *Gaswerkareal* als städtische Grünanlagen mit naturnahen Lebensräumen sowie die *Familiengärten im Areal Jorden / Eymatt*. Zu erwähnen sind sodann das *Naturschutzreservat Elfenau*, der *Aargauerstalden* mit seinen artenreichen Magerwiesen. Alle diese Gebiete können als beispielhafte ökologische Lebensräume in der Stadt gelten.

Nach Auffassung des Gemeinderats wäre es wenig sinnvoll, über die bereits bestehenden *naturnahen Biotope* hinaus auch noch einen *zentralen Modellpark* zu schaffen auf einem Areal, das heute schon intensiv und vielfältig genutzt wird.

Die Schaffung und der Betrieb eines naturnahen Modellparks mit Informationspavillon sowie Natur- und Gartenlehrpfad wären zudem eine neue, sehr kostenträchtige Aufgabe. Grobe Schätzungen haben gezeigt, dass mit Investitionskosten von über 2 Mio. Franken und entsprechenden Folgekosten zu Lasten der Laufenden Rechnung gerechnet werden müsste. Zusätzlich würden jährliche Betriebskosten in der Grössenordnung von Fr. 440 000.00 anfallen. Eine solche neue Belastung darf sich die Stadt gerade jetzt nicht aufbürden, wo sie mit äusserster Anstrengung versuchen muss, ihren Finanzhaushalt gesunden zu lassen, ohne dabei ihre eigentlichen Kernaufgaben zu vernachlässigen.

Aus diesen Überlegungen heraus lehnt der Gemeinderat die Motion Fraktion SP ab. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und in geeigneter Weise der Öffentlichkeit deutlicher bewusst zu machen, welche Möglichkeiten im Sinne der Motionsforderungen die bestehenden Anlagen, Einrichtungen und Dienstleistungsangebote der Stadt bereits bieten. Ausserdem kann im Rahmen der Quartierplanungen geprüft werden, ob und wo sich einzelne Motionsanliegen zusätzlich und dezentral verwirklichen liessen.

Wenn der Stadtrat dem vorliegenden Antrag folgt, wird der Gemeinderat im Prüfungsbericht über das Ergebnis der Massnahmen und Abklärungen orientieren.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

8 Motion Fraktion GFL/EVP (Ueli Stückelberger, GFL): Überführung des Inhalts des Sachplans „Parkierung auf den Allmenden“ in die baurechtliche Grundordnung (Nutzungszonenplanänderung/Überbauungsordnung)

Antrag Nr. 323

Die heutige wilde Parkiererei auf den Allmenden ist nicht zonenkonform und stützt sich auf keine Rechtsgrundlage. Anlässlich der Behandlung des Zonenplanes Stadion Wankdorf (Frühling 1997) verpflichtete sich der Gemeinderat, dem Stadtrat bis Ende 1998 eine Vorlage

betreffend Parkierung auf den Allmenden zu unterbreiten, was jener Ende 1998 auch tat, indem er dem Stadtrat den Sachplan „Parkierung auf den Allmenden“ unterbreitete. Die Art des Planes bestimmte der Gemeinderat selbst. Am 4. Februar 1999 beschloss der Stadtrat den „Sachplan Parkierung auf den Allmenden“ (mit einigen Abänderungen). Dagegen erhobene Beschwerden hiess der Regierungsstatthalter von Bern mit Entscheid vom 12. August 1999 gut (Aufhebung des Sachplanes), obwohl das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) die Form des Sachplanes befürwortete und festhielt, dass der Stadtrat gegenüber dem Richtplan ESP Wankdorf (zu dem der Stadtrat nichts zu sagen hatte) Änderungen vornehmen dürfe.

Gestern beschloss nun der Gemeinderat – für uns unverständlich –, den Entscheid des Regierungsstatthalters nicht weiterzuziehen. Der Gemeinderat erachtet es somit als nicht notwendig, das von ihm vorgeschlagene Instrument „Sachplan“ zu verteidigen. Zudem setzt sich der Gemeinderat über den Willen der Legislative hinweg und missachtet eine Empfehlung der Planungs- und Verkehrskommission vom 19. August 1999, die vom Gemeinderat den Weiterzug des Entscheides verlangte.

Damit die Parkierung auf den Allmenden endlich rechtmässig und im Sinne der Legislative geregelt wird und damit vorab die kleine Allmend endlich als Grünfläche genutzt werden kann, ist – bei dieser Ausgangslage – eine verbindliche planungsrechtliche Grundlage in Form einer Nutzungszonenplanänderung und/oder Erlass einer Überbauungsordnung notwendig.

Aus den genannten Gründen verlangen die Unterzeichnenden vom Gemeinderat, dass dieser dem Stadtrat für das Gebiet der Allmenden eine planungsrechtliche Vorlage in Form einer Nutzungszonenplanänderung und/oder einer Überbauungsordnung unterbreitet, in der inhaltlich die Bestimmungen des Sachplanes „Parkierung auf den Allmenden“ in Form des Stadtratsbeschlusses vom 4. Februar 1999 übernommen werden.

Bern, 26. August 1999

Antwort des Gemeinderats

Die Motionärinnen und Motionäre verlangen, dass die Bestimmungen des Sachplans „Parkierung auf den Allmenden“ mit den vom Stadtrat am 4. Februar 1999 beschlossenen Änderungen in die baurechtliche Grundordnung übergeführt werden. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen:

- die Aufhebung der mittleren 300 Rasengitterparkplätze des Sockelangebots bis im Jahr 2003;
- die Aufhebung der 510 Sockelparkplätze auf dem neuen Zirkusplatz bis spätestens im Sommer 2008;
- die Aufhebung der Parkierung auf der Kleinen Allmend ab Ende 2004.

Als Grundlage für die Beantwortung der vorliegenden Motion wurden die Möglichkeiten für Alternativen zu den umstrittenen Parkplatzangeboten von einer gemischten Arbeitsgruppe geprüft (Zusammensetzung siehe Anhang). Dabei konnte mit dem an den Gesprächen teilnehmenden Erstunterzeichner der Motion vereinbart werden, dass die Beantwortung des Vorstosses ohne formelle Fristverlängerung bis zum Abschluss dieser Verhandlungen zurückgestellt wird.

Ausgangspunkt der Überlegungen war die Erkenntnis, dass angesichts der bereits bekannten und sich für die Zukunft abzeichnenden Veränderungen bei den Rahmenbedingungen der Parkraumplanung im ESP-Gebiet Bern-Wankdorf (Inbetriebnahme der neuen Einstellhalle Mingerstrasse im Herbst 2000, neue S-Bahn-Stationen Wankdorf Süd und Nord ab 2005, etc.) in den nächsten 3 bis 5 Jahren vorerst Erfahrungen bezüglich der weiteren Entwicklung der Parkraumnachfrage gesammelt werden sollten, bevor grundsätzliche Änderungen am Sockel- und Ergänzungsangebot vorgenommen werden.

Generell ist festzuhalten, dass eine Verminderung der Parkplatzzahl die Bewirtschaftung der Anlagen und Einrichtungen im ESP Wankdorf ernsthaft gefährden würde. Hinzu kommt, dass heute die nötigen Voraussetzungen fehlen, um neue Parkieranlagen als Ersatz für die von der Motionsforderung betroffenen Sockel- und Ergänzungsangebote fristgerecht realisieren zu können. Potenzielle Alternativstandorte sind an der Bolligenstrasse und am Schermenweg sowie auf dem Schermenareal grundsätzlich vorhanden, aber

- die Zustimmung der Grundeigentümer (Bund und Kanton) steht noch aus;
- die Finanzierung der Erstellung und des Betriebs der neuen Parkieranlagen ist noch nicht gesichert;
- die planungs- und baurechtlichen Bewilligungen fehlen.

Hauptgegenstand der Diskussionen in der gemischten Arbeitsgruppe waren die im Stadtrat umstrittenen Parkplatz-Sockelangebote, namentlich die mittleren Rasengitterparkplätze entlang der Papiermühlestrasse und die Parkplätze auf dem neuen Zirkusplatz sowie das Parkplatz-Ergänzungsangebot auf der Kleinen Allmend. Als Gesprächsergebnis konnte unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Konsens für eine Verlängerung der vom Stadtrat angestrebten Fristen zur schrittweisen Aufhebung der umstrittenen Parkplätze erzielt werden. Ebenfalls wurde ein grundsätzlicher Konsens zu den folgenden potenziellen Alternativstandorten im ESP Bern-Wankdorf erreicht:

- VBS-Areal an der Bolligenstrasse für eine Einstellhalle mit max. 800 Parkplätzen
- Autobahnwerkhofareal am Schermenweg für eine Einstellhalle mit max. 500 Parkplätzen
- Schermenareal für ein Ergänzungsangebot mit 900 Parkplätzen.

Die Partnerinnen und Partner der Gemeinschaftsplanung ESP Wankdorf knüpfen ihr Einverständnis mit diesen Parkplatzstandorten allerdings ausdrücklich an den Vorbehalt, dass eine Einigung mit den betroffenen Grundeigentümern (Bund und Kanton) herbeigeführt und die Wirtschaftlichkeit der Anlagen nachgewiesen werden kann.

Die Zustimmung des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zum Parkplatzstandort an der Bolligenstrasse hängt stark von der künftigen Nutzung der militärischen Liegenschaften im Rahmen der Armeereform XXI ab. Ob und wie weit eine Parkplatzanlage unter Einbezug des Autobahnwerkhofs des kantonalen Tiefbauamts am Schermenweg realisierbar ist, wird sich erst später zeigen.

Vor diesem Hintergrund wurden verschiedene Varianten zur Finanzierung des Baus und Betriebs der neuen Parkieranlagen in Verbindung mit Vertretern der Einstellhalle Wankdorf Allmend AG (Ewag) geprüft. Dabei zeigte sich, dass bei einem Verzicht auf die umstrittenen Parkplatz-Sockelangebote auf der Hinteren Allmend die optimale Lösung darin bestünde, eine neue Einstellhalle mit 800 Parkplätzen auf dem VBS-Areal an der Bolligenstrasse zu realisieren. Diese Parkieranlage könnte auch mit einem neuen Tramdepot am gleichen Standort kombiniert werden. Damit würde dem Aspekt Wirtschaftlichkeit am besten Rechnung getragen. Allerdings setzt auch diese Variante eine Unterstützung der öffentlichen Hand voraus. Sollte auf das zentrale Ergänzungsangebot auf der Kleinen Allmend verzichtet werden, ist eine Lösung im Rahmen der Planung auf dem Schermenareal möglich.

Der Gemeinderat hat im Zusammenhang mit der Standortevaluation für ein neues Tramdepot SVB die Planungs- und Baudirektion am 13. September 2000 beauftragt, beim Standort Bolligenstrasse die Option einer Kombination mit einer Parkieranlage weiter zu verfolgen und die nötigen Vorkehrungen zur Sicherung des Landerwerbs zu treffen.

Die alternativen Sockelangebote an der Bolligenstrasse und am Schermenweg könnten im Rahmen der geltenden Grundordnung realisiert werden. Als selbstständige Parkieranlagen für Personenwagen benötigten die Vorhaben allerdings die Zustimmung des Stadtrats. Das alternative neue Ergänzungsangebot auf dem Schermenareal kann in der Überbauungsordnung Schermenareal berücksichtigt werden, die dem Stadtrat voraussichtlich 2001 unterbreitet werden wird.

Die Änderung des Nutzungszonenplans und / oder der Erlass einer Überbauungsordnung mit der Festlegung der Planinhalte gemäss dem Stadtratsbeschluss vom 4. Februar 1999 zum Sachplan „Parkierung auf den Allmenden“ ist unter den dargestellten Voraussetzungen keine taugliche Problemlösung. Der Gemeinderat sichert jedoch zu, dass er im Sinne der vorliegenden Motion bestrebt sein wird,

- die Kleine Allmend von der Parkierung zu befreien, sobald alternative Standorte in gleicher Qualität realisiert werden können;
- die Verhandlungen mit Bund und Kanton zur Sicherung von alternativen Parkplatzstandorten im ESP Wankdorf an der Bolligenstrasse, am Schermenweg und auf dem Schermenareal umgehend aufzunehmen, um die nötigen Optionen zu öffnen;
- den Bau einer Parkierungsanlage als Sockelangebot in Kombination mit einem neuen Tramdepot beim Standort Bolligenstrasse weiter zu verfolgen;
- ein neues Ergänzungsangebot für Veranstaltungsbesuchende im Rahmen der Überbauungsordnung für das Schermenareal zu schaffen;
- mit der Einstellhalle Wankdorf Allmend AG zu vereinbaren, dass sie die baulichen und betrieblichen Folgemaassnahmen zur Bewirtschaftung der Parkplätze auf der Hinteren Allmend realisiert, damit die unerwünschte Benützung der Parkplätze durch Angestellte, Kundinnen und Kunden sowie Besucherinnen und Besucher der Zusatznutzungen im Fussballstadion Wankdorf verhindert werden kann;
- die räumliche Anordnung des Sockel- und Ergänzungsangebots im Sachplan „Parkierung auf den Allmenden“ zu ändern, sobald Bau und Betrieb der alternativen Parkplatzstandorte gesichert sind.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

9 Motion Fraktion SP (Rudolf Käsermann): Gestaltung, Nutzung und Betreuung der Kleinen Allmend; Abschreibung

Antrag Nr. 302

Um eine klare Ausgangslage für einen neuen Anlauf in Bezug auf die Nutzung und Gestaltung der Kleinen Allmend zu schaffen, beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat die Abschreibung der Motion Fraktion SP (Rudolf Käsermann).

Die Motionärin *Edith Madl Kubik* (SP): Welchen Stellenwert die Motion hat, sieht man an der Antwort des Gemeinderats: sie datiert vom Dezember 1999. Die ganzen Verhandlungen in der informellen Arbeitsgruppe, die in der Antwort zur Motion Stückelberger erwähnt werden, sind hier nicht eingeflossen. Das merkt man der Antwort an. Ich habe meiner Fraktion aus diesem Grund den Antrag gestellt, nicht an der Motion festzuhalten, da es nichts Gescheites daraus geben kann, wenn der Gemeinderat so mit dem Vorstoss umgeht. Eine zweite Motionsleiche à la Motion Käsermann habe ich nicht riskieren wollen. Die SP hat mir schweren Herzens zugestimmt, dass die Motion so nicht erfüllbar ist, sie geht vermutlich der Zeit voraus. Der zuständige Gemeinderat für Stadtgrün ist auch nicht hier, das zeigt den Stellenwert des Anliegens. Gegen den Widerstand von Verwaltung und Gemeinderat ist ein solches Anliegen, für das es ein wenig Innovation bräuchte, nicht durchzuziehen, deshalb wandeln wir den Vorstoss in ein Postulat um. Wir bitten alle Fraktionen, die der Motion zustimmen, das Postulat ebenfalls zu unterstützen.

Wenn man die Allmend aufwerten möchte, müsste man ein neues Naturverständnis im städtischen Raum entwickeln. Es gibt in der Verwaltung und im Gemeinderat Kreise, die das neue Verständnis haben, das kann man in diesem Büchlein nachlesen. Es sind erst Worte und noch keine Taten, das Siedlungskonzept aus dem StEK 95. Die Leute in der Verwaltung mit dem modernen Naturbewusstsein hatten vermutlich kein Gewicht, als es darum ging, diese Motion zu beantworten. Man müsste ein neues Verständnis des Namens Allmend entwickeln. Früher waren die Allmenden kollektiv genutztes Land, das auch den Besitzlosen zur Verfügung stand. Der Allmendgedanke hat sich stark gewandelt mit der Agrarreform im 19. Jahrhundert, auch das ist an der Stadt Bern nicht spurlos vorbeigegangen. Die Motion SP hat eigentlich keine Parkplatzdiskussion lostreten wollen, trotzdem wurde nun eine daraus. Die SP hält daran fest, dass auf der Kleinen Allmend ab 2004 keine Parkplätze mehr angeboten werden sollen. Daran halten wir fest, auch nach der Umwandlung in ein Postulat. Wir halten auch fest an der Motion Stückelberger, wir sind der Meinung, dass der Stadtratsbeschluss zum Sachplan Allmend jetzt festgelegt werden muss. **Wir können weiter der Abschreibung der Motion Käsermann zum jetzigen Zeitpunkt in keiner Weise zustimmen.** Wir geben dem Gemeinderat noch einmal eine Chance, in seiner Postulatsantwort auf die Anliegen aus der Motion einzugehen. Sollte die Antwort noch einmal unbefriedigend sein, werden wir neue Vorstösse einreichen. In der Zwischenzeit halten wir an der Motion Käsermann mit einem Jahr Fristverlängerung fest und bitten, die Motion Stückelberger unbedingt zu überweisen.

Der Motionär Ueli Stückelberger (GFL): Zu den anderen Vorstössen: Die Motion Madl werden wir auch als Postulat unterstützen, der Zeitpunkt der Abschreibung der Motion Käsermann erscheint uns auch zu früh. Wir sollten abwarten, was mit den anderen Vorstössen passiert. Zur Begründung meiner Motion: Es geht um die Parkierungen auf der Allmend, der Stadtrat hat 1998 Änderungen gegenüber der Vorlage des Gemeinderats beschlossen. Wir wollten vor allem mehr Grün auf der Kleinen Allmend und mittelfristig keine Parkplätze mehr. Von der bürgerlichen Seite wurde dagegen Beschwerde geführt, der Regierungsrat hat den stadträtlichen Beschluss aufgehoben. Die Folge davon war, dass ich diese Motion eingereicht und verlangt habe, dass der Inhalt der stadträtlichen Beschlüsse neu in Form einer grundeigentümerverbindlichen Zonenordnung als Überbauungsordnung erlassen wird. Inhaltlich geht es darum, dass die Kleine Allmend mittelfristig von den Parkplätzen befreit wird. Es soll Grünraum gestaltet werden. Die Parkplätze sollen nicht einen höheren Stellenwert haben als die grüne Allmend. Es ging nicht darum, das Sockelangbot an Parkplätzen zu reduzieren, doch das Zusatzangebot an Parkplätzen sollte nicht auf der Allmend stehen, sondern irgendwo am Rand der Agglomeration, zum Beispiel im Sand. Die Antwort des Gemeinderats würdige ich positiv, ich anerkenne, dass einiges passiert ist. Der Gemeinderat hat seine Ansicht geändert, er ist der Meinung, dass die Kleine Allmend mittelfristig kein Parkplatz mehr sein sollte. Das ist eine positive Grundhaltung. Weiter anerkenne ich, dass nach unseren Vorschlägen an anderen Standorten wie dem VBS-Areal nach Parkplätzen für das Sockelangbot gesucht wird. Das Mitmachen in der Begleitgruppe war ein konstruktiver Weg. Man hat verbindlich etwas erreicht, aber in die Tat umgesetzt ist noch nichts. Ich halte die Motion aus folgenden Gründen für sinnvoller: Die Motion sollte dem Gemeinderat auch eine Stütze geben, seine Antworten auf die Motion auch in der Praxis umzusetzen. Der Druck soll aufrechterhalten werden, da die Parkiersituation heute bei der Allmend nicht gelöst ist. Weiter zeigen uns die Erfahrungen der Motion Käsermann leider, dass bis jetzt der Wille nicht sehr gross war, etwas zu tun. Inhaltlich will ich erreichen, dass das Ergänzungsangebot an Parkplätzen nicht auf dem Gebiet der Allmend gesucht wird, sondern am Rand der Agglomeration. Man muss in Einvernehmen mit den Nachbargemeinden nach Lösungen suchen. Ich bin der Meinung, dass man auch ausserhalb des Perimeters, den ich in der Motion formuliert habe, nach Lösungen suchen muss.

Obwohl positive Zeichen von Seiten der Behörden vorhanden sind, sollte man zum heutigen Zeitpunkt nicht zum Courant normal zurückgehen. Genau das würde aber eine Umwandlung in ein Postulat bedeuten, deshalb halte ich die Motion aufrecht und beantrage, sie zu überweisen.

Blaise Kropf (JA!) für die PVK: Der Umgang des Gemeinderats mit der Motion Käsermann ist ein denkbar schlechtes Beispiel für eine korrekte Behandlung von parlamentarischen Vorstössen durch die Exekutive. Der Vorstoss ist unterdessen 22 Jahre alt. Der Gemeinderat streut im Abschreibungsantrag Asche auf sein Haupt und die PVK wäre auch nahe daran gewesen, ein Auge zuzudrücken. Aber dass es der Gemeinderat verpasst hat, an der Kommissionssitzung, an der der Vorstoss traktandiert war, teilzunehmen, hat die Glaubwürdigkeit der gemeinderätlichen Entschuldigungen erschüttert. Die PVK war jedenfalls befremdet über die Abwesenheit. Die PVK hat das Geschäft unter Einbezug der beiden anderen Vorstösse diskutiert. Allerdings war die Diskussion weder besonders lang noch kontrovers, wahrscheinlich weil das Geschäft bei aller Vertracktheit der Situation recht wenig Fleisch am Knochen hat. Im Zentrum steht die Frage, wie man den Zielen und Bestrebungen der überwiesenen Motion Käsermann und ihren Nachfahren am Besten nachkommen kann. Zusammenfassend fordert die Motion Käsermann eine Bereinigung der Situation auf der Kleinen Allmend. Rudolf Käsermann störte sich am unkontrollierten Parkieren bei Grossanlässen, an lärmigen Veranstaltungen, Räumungsschneeablagerungen usw. Wenn auch die beiden genannten Dinge heute kaum mehr in diesem Ausmass stören, ist doch die Problematik des Parkverkehrs dieselbe geblieben. Davon zeugen auch die Auseinandersetzungen um den Richtplan 1996 und um den Sachplan 1998. In der PVK herrschte Konsens, dass die geforderte Bereinigung der Situation auf der Kleinen Allmend im Sinne einer Aufwertung der Grünfläche nach wie vor zentral ist und umgesetzt gehört. Dafür ist die Schaffung von Ersatzparkplätzen unumgänglich, allerdings nicht nur in der Stadt, sondern auch in der Region. In diesem Kontext wurden verschiedene Optionen geprüft, unter anderem das kombinierte Parkhaus und Tramdepot an der Bolligenstrasse, das allerdings vor allem auf das Sockelangebot ausgerichtet ist. All diesen Projekten ist eigen, dass die Realisierung noch in weiter Ferne liegt. Der PVK ist es ein Anliegen, dass die Sache vorwärtskommt und über den Stand der blossen Absicht hinauskommt. Aus diesem Grund wurde mehrfach geäussert, dass eine Überweisung der beiden Vorstösse Stückelberger und Madl sinnvoll sei. Deshalb empfiehlt die PVK, die Abschreibung der Motion Käsermann abzulehnen und dem Gemeinderat eine Fristverlängerung von einem Jahr zu gewähren. Damit können wir sicherstellen, in einem Jahr vom Gemeinderat über die neuen Absichten informiert zu werden.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion FDP *Hans-Ulrich Suter*: Ich äussere mich zum Traktandum 7. Wir sind froh, dass die SP bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir bestreiten aber auch das Postulat, vor allem, um der Verwaltung nicht unnötige Arbeit aufzubürden. Das Landschaftsentwicklungskonzept Bern-Nordost sieht für die Allmend im Wesentlichen die heutigen Nutzungen vor. Die Stadtgärtnerei hat letzten Herbst anlässlich einer Begehung vor Ort ihre diesbezüglichen Pläne erläutert. Abgesehen davon, dass die Parkplätze auf der Kleinen Allmend erst verschwinden können, wenn die Ergänzungsorte an den Autobahnausfahrten zur Verfügung stehen, widersetzen wir uns der Schaffung eines naturnahen Modellparkes mit Informationspavillon auf der Kleinen Allmend aus folgenden Gründen: Nach der Umgestaltung der Grossen Allmend zur Grünfläche für alle mit Zierrasen, künstlichen Hügeln und Ziergehölz als Schall- und Windschutz gegen die Autobahn sehen wir die Notwendigkeit der Schaffung eines teuren Naturparkes Kleine Allmend mit jährlichen Betriebskosten nicht ein. Mindestens

als Vision steht noch immer die Überdachung der Autobahn im Bereich Bolligenallee zur Diskussion. Mit dem Naturpark würden die Gestaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Auch die Hornusser und Hundezüchter haben ein Anrecht auf ein Übungsgelände in der Nähe der Stadt. Mit Rücksicht auf die Jungen wäre es wünschenswert, die Kleine Allmend vermehrt auch für Trendsportarten zugänglich zu machen. Nach dem Waffenplatzvertrag zwischen Kanton und Stadt muss die militärische Nutzung der Kleinen Allmend bis ins Jahr 2028 gewährleistet bleiben. Aus all diesen Gründen stellen wir anstelle einer fragwürdigen Umgestaltung der Kleinen Allmend die Verlängerung des bestehenden Grüngürtels Bärengaben-Rosengarten-Springgarten-Grosse Allmend bis zum Schermenwald in den Vordergrund. Um das zu realisieren, wäre einzig eine Fussgängerüberführung über den Schermenweg nötig. Wir machen beliebt, den Vorstoss auch in Form eines Postulats abzulehnen.

Für die Fraktion SVP/JSVP *Rudolf Friedli* (JSVP): Der Sachplan war wirklich nicht gut, deshalb hat der Statthalter ihn aufheben müssen. Die Motionäre werfen dem Gemeinderat vor, er hätte das Planungsinstrument Sachplan, das er selber vorgeschlagen habe, verteidigen und deshalb den Entscheid weiterziehen müssen. Es stand aber nicht zur Diskussion, ob der Sachplan das richtige Instrument ist. Die Motion will nun, dass der Inhalt des Sachplanes in eine Nutzungsplanänderung oder eine Überbauungsordnung einfließen solle. Das geht nicht, da der Nutzungsplan dem Richtplan auch nicht widersprechen, sondern ihn nur konkretisieren darf. Dasselbe gilt auch für die Überbauungsordnung. Der Inhalt, den der Stadtrat seinerzeit dem Sachplan beigelegt hat, lässt sich nun mal in keinen Plan schmuggeln. Der Kanton könnte einer Nutzungsplanänderung im Sinne dieses Sachplanes nicht zustimmen und wir hätten damit nur eine Bürokratie aufgebaut. Unsere Fraktion kann dem nicht zustimmen. Ueli Stückelberger sagte selbst, er wolle nur den Druck behalten, er hat offenbar selber eingesehen, dass es zu nichts führt. Neben dem juristischen Geplänkel gibt es einen viel handfesteren, wirtschaftlichen Grund für die Ablehnung dieser Motion. Im Richtplan sind die Parkplätze festgelegt, der Sachplan hätte sie verteilen sollen. Die BEA Expo braucht möglichst viele Parkplätze, um überleben zu können. Die Veranstalter gehen ohne genügend Parkplätze einfach an einen neuen Ort, wo sie vielleicht nicht einmal Billettsteuern zahlen müssen. Deshalb ist auch der Vorschlag, die Parkplätze im Sand zu machen, Wunschdenken. Wir als finanzgeplagte Stadt sollten ein Interesse haben, dass dort ein Platz entsteht, wo viele Veranstaltungen stattfinden, da es auch Leute in die Stadt bringt. Man könnte meinen, die Parkplätze okkupierten die ganze Allmend, es hat immer noch genug Platz für die nichtmotorisierten Leute. Die Motion Käsermann wollen wir auch nicht abschreiben, weil sie Parkplätze an sogenannten Ergänzungsstandorten zulässt. Den naturnahen Modellpark lehnen wir ab, da er nichts ist als utopisches Wunschdenken.

Annemarie Lehmann für die Fraktion FDP: Das Parkieren in der Allmend ist eine leidige Geschichte. Der Stadtrat ändert Bestimmungen ab, widerspricht dem übergeordneten Recht, die Entscheidungen werden aufgehoben, nichtsdestotrotz kommen die gleichen Anträge wieder in den Rat. So kommen wir nirgends hin. Die FDP-Fraktion setzt sich mit Überzeugung für die Entwicklung im Wankdorf ein, der Messeplatz Bern ist für uns so bedeutend, dass wir die notwendigen Parkplätze schaffen und behalten wollen. Der Gemeinderat wird unserer Überzeugung nach die notwendigen Vorkehrungen treffen, dass die Verkehrspolitik in diesem Gebiet im Sinne der Stadt Bern und in einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den betroffenen Aussengemeinden umgesetzt wird. Auch in diesem Gebiet steht unsere Glaubwürdigkeit gegenüber dem Kanton und den Aussengemeinden auf dem Spiel. Die Motion Ueli Stückelberger und die Nichtabschreibung der Motion Käsermann ist für uns eine Zwängerei, die uns nirgendwohin bringt.

Einzelvoten

Lydia Riesen (SD): Eine sofortige und rechtmässige Lösung, wie in der Motion Stückelberger verlangt, nur dass möglichst rasch die Kleine Allmend als Grünfläche genutzt werden kann, kommt im total falschen Moment zur Sprache. Wir wissen, dass der Wirtschaftsstandort Wankdorf, die Grosse Allmend, das Leichtathletikstadion sowie die BEA Expo Publikumslieb-linge sind. Den Wirtschaftsstandort Bern darf keine weitere Reduktion der Parkplatzzahl gefährden, geschweige denn dürfen Parkplatzaufhebungen stattfinden. Damit würden wir uns alle schuldig machen, indem wir bei Grossanlässen dem Wankdorf unermesslichen Schaden zufügen würden. Sicher haben gerade die Nordquartierbewohnerinnen und -bewohner genug vom wilden Parkieren, es ist uns aber lieber, wenn die Autos auf der Kleinen Allmend als im Quartier stehen. Wir üben uns in Geduld und warten im Vertrauen auf eine optimale Ergänzungslösung, die sich sicher realisieren lässt. Aus diesem Grund lehnt die SD die Motion ab.

Edith Madl Kubik (SP): Zur Klärung des Begriffes Allmend: Die Allmenden werden seit Jahrzehnten als Abstellfläche für Fahrzeuge missbraucht. Allmenden sind Allgemeingut der Einwohnergemeinde Bern und damit der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt. Man müsste die angrenzenden Einwohnerinnen und Einwohner einmal fragen, was sie mit der Allmend wollen und ob sie damit einverstanden sind, dass sie weiterhin als Abstellplatz genutzt wird. Der Gemeinderat hat, obwohl die Motion eingereicht und noch nicht behandelt war, den Vertrag mit der kantonalen Militärdirektion bis ins Jahr 2028 verlängert. Dies, obwohl die Motion eigentlich verlangt, dass die militärische Nutzung so rasch wie möglich aufgehoben wird. Die Allmenden stehen nicht als Parkplätze zur Verfügung, das war nie die Idee und kann es auch in Zukunft nicht sein. Wir sind bereit, alle möglichen rechtlichen Mittel zu ergreifen, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten.

Hans Ulrich Gränicher (SVP): Frau Madl Kubik verwechselt etwas: Eine eingereichte Motion löst keine Vorwirkung aus. Es erwächst aus ihr erst eine Rechtskraft, wenn sie überwiesen ist, das ist die Motion Madl nicht.

Wenn sie sagt, die Allmend sei Allgemeingut und für alle Benutzenden der Stadt Bern offen, ist das richtig. Wenn sie nun aber mit einem Vorstoss verlangt, einen naturnahen Modellpark zu erstellen, schränkt sie die Nutzungen, die heute möglich sind, auch schon wieder ein. Dass die Kleine Allmend heute bei Grossanlässen hin und wieder als Parkplatz genutzt werden kann, ist sicher nicht die schlechteste Lösung. Aus diesem Grund empfehle ich, auch das Postulat abzulehnen.

Der Direktor für Planung, Verkehr und Tiefbau *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Die Motion Madl ist, obwohl schon 1999 eingereicht, ihrer Zeit noch immer ein wenig voraus, aus zwei Gründen: einerseits ist noch immer kein Geld vorhanden für solche Nice-to-have-Modelle, andererseits sind wir bei der Voraussetzung ihres Vorhabens – einer autofreien Kleinen Allmend – noch nicht soweit. Deshalb sind wir dankbar für die Umwandlung in ein Postulat, denn das Anliegen ist die eine Seite, die Fähigkeiten und Mittel, es in begrenzter Zeit umzuwandeln, die andere.

Zur Motion Käsermann: Ich hätte nicht gedacht, dass ich Rudolf Käsermann, mit dem ich seinerzeit im Stadtrat war, hier noch einmal antreffen würde. Ich sollte mich entschuldigen, dass die Motion so alt ist, aber wer Rudolf Käsermann kennt, weiss, dass er es geniessen würde, dass nach 22 Jahren noch immer von ihm gesprochen wird. Wir können den Vorstoss noch ein Jahr pendent bleiben lassen.

Die Motion Stückelberger hat einen Misstrauensansatz gegenüber dem Gemeinderat in sich, wenn man die Motion Käsermann vor Augen hat, kann man das auch ein bisschen nachvoll-

ziehen. Die Neuen müssen auch ein bisschen Sippenhaftung übernehmen. Daher kann ich verstehen, dass das Vertrauen noch nicht vorhanden ist, um den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Dass man uns glaubt, wir täten etwas, ist schon viel. Die Verwaltung hat zusammen mit dem Gemeinderat, dem Motionär, vereinzelt Mitgliedern des Stadtrats und vielen anderen nach Lösungen gesucht. Wir haben mit den umliegenden Gemeinden das Gespräch gesucht, es wurden auch Kompromisse bezüglich der Auslagerung von Parkplätzen gefunden. Die Kompromisse sind zum Teil noch nicht umgesetzt, teils wegen der Finanzen, teils wegen des ungesicherten Bodens. Die Bemühungen sind ehrlich und bis zum heutigen Tag auch erfolgreich und glaubwürdig geführt. Wenn wir heute die Motion überweisen, erhält der Gemeinderat einen neuen Auftrag, er hat dann nicht die Aufgabe, die weit fortgeschrittenen Verhandlungen mit den Vorortsgemeinden fortzuführen. Die Gemeinden wären dann aus ihrer Verantwortung wieder entlassen, weil der Stadtrat einen anderen Weg einschlägt, nämlich eine neue Planung zu erarbeiten. Ich verstehe, dass man die Motion als Druckmittel aufrechterhalten will, ich hätte aber wenig Verständnis, wenn man sie um jeden Preis durchziehen wollte. Das würde bedeuten, dass man die Vorortsgemeinden mitten in den Verhandlungen stehen lassen würde. Ich wäre froh, wenn der Motionär bereit wäre, ein Jahr Fristerstreckung zu akzeptieren. Das würde uns die Möglichkeit geben, die Verhandlungen weiterzuziehen und zu einem Abschluss zu bringen. Mein Wunsch ist, dass der Stadtrat uns ein Jahr Zeit gibt und die Motion danach noch einmal traktandiert wird. Bis dahin haben wir einige Ergebnisse zu präsentieren, die der Stadtrat dann beurteilen kann.

Ueli Stückelberger (GFL): Es ist eine überraschende Wende. Ich stehe in einem Dilemma, es ist wichtig, dass etwas passiert. Es hat personelle Änderungen gegeben und ich bin bereit, dem Gemeinderat ein Jahr Zeit zu geben, eine Lösung zu finden. Ich erwarte aber, dass in diesem Jahr eine neue Antwort geschrieben wird. Das Ziel müsste auch sein, dass wirklich etwas erreicht wird, nicht nur auf dem Papier. Ich beantrage diese Fristverlängerung nicht, weil die Motion heute keine Mehrheit gefunden hätte, sondern weil es dem Gemeinderat den nötigen Druck und einen grösseren Handlungsspielraum gibt. In diesem Sinne beantrage ich die Absetzung des Traktandums, eine neue Antwort und die Traktandierung in einem Jahr.

Hans Ulrich Gränicher (SVP): Was nun da zwischen Ueli Stückelberger und Alexander Tschäppät abläuft, ist ein Novum in diesem Rat. Im Geschäftsreglement gibt es das nicht. Man kann nicht eine Motion eingeben, traktandieren und die Verabschiedung dann sistieren. Das ist keine seriöse Parlamentsarbeit. Entweder entscheiden wir heute über die Motion oder der Motionär ist bereit, sie in ein Postulat umzuwandeln. Dann hat der Gemeinderat genau das, was er gewünscht hat. Wenn wir in einem Jahr noch einmal über die Motion verhandeln, führen wir neue Spielregeln ein. Politisieren Sie so, wie es das Reglement vorsieht!

Edith Madl Kubik (SP): Der Stadtrat kann jederzeit ein Traktandum von der Liste absetzen, das ist nicht gegen das Reglement. Wenn die GFL beantragt, ihre Motion abzusetzen, werden wir das unterstützen, auch wenn es uns schwerfällt.

Planungs-, Verkehrs- und Tiefbaudirektor *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Gerade die bürgerliche Seite, die immer will, dass effizient und schnell gearbeitet wird, will nun die Motion zur Abstimmung bringen. Wenn das geschieht, wird sie überwiesen und wir müssen an etwas anderem arbeiten und sind dort, wo wir weit fortgeschritten sind, gebunden. Es mag ein Novum sein, es mag etwas mit Kreativität zu tun haben, es ist auch dem Rat unbenommen, diesbezüglich etwas dazuzulernen.

Der *Vorsitzende* teilt mit, dass Art. 57 Abs. 3 des Geschäftsreglements eine reglementarische Frist zur Beantwortung der Motion setzt, dem Gemeinderat die Möglichkeit gibt, eine Fristerstreckung zur Beantwortung der Motion zu verlangen. In weiter Auslegung dieses Absatzes kann man sagen, dass der Gemeinderat im begründeten Fall – wie heute – eine Fristerstreckung beantragen kann. Bis zur Abstimmung kann der Motionär oder die Motionärin die Absetzung von der Traktandenliste und eine spätere Wiederansetzung verlangen.

Beschlüsse

1. Traktandum 7: Das Postulat Fraktion SP (Edith Madl Kubik) wird mit 37 zu 29 Stimmen überwiesen.
2. Traktandum 8: Die Absetzung von der Traktandenliste gemäss Antrag des Gemeinderats und des Motionärs wird mit 46 zu 12 Stimmen bei 7 Enthaltungen genehmigt. Das Traktandum ist binnen eines Jahres wieder zu traktandieren.
3. Traktandum 9: Die Abschreibung der Motion Käsermann wird mit 44 zu 21 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Fristerstreckung beträgt 1 Jahr.